

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Ich rufe nun den Zusatzpunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

**Energie- und Klimapaket der EU-Kommission**

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Marco Bülow das Wort für die SPD-Fraktion.

(A) **Marco Bülow (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist eines der erfolgreichsten Gesetze, das zur Förderung von erneuerbaren Energien und zur Bekämpfung des Klimawandels verabschiedet worden ist. Es ist wichtig, immer wieder auf die Rahmendaten hinzuweisen, die durch dieses Gesetz beeinflusst werden.

Wir haben in Deutschland über 235 000 Arbeitsplätze in dem Bereich der erneuerbaren Energien geschaffen. In diesem Bereich wurde im letzten Jahr in Deutschland 110 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung liegt mittlerweile bei über 14 Prozent und der Anteil am Gesamtenergieverbrauch bei ungefähr 9 Prozent.

Wir haben in diesem Bereich die Technologieführerschaft übernommen und exportieren diese Technologien in viele Länder dieser Welt. Es gibt immer mehr Befürworter der erneuerbaren Energien, die dieses Instrument nach dem Vorbild Deutschland ausrichten. 40 Länder haben sich uns bereits angeschlossen. Erst vor kurzem hat Hillary Clinton lobend erwähnt, wie vorbildlich das deutsche System sei und dass auch sie nach einem gewonnenen Wahlkampf es einführen werde. Ähnlich äußern sich weitere führende Politiker in den USA.

(B) In Europa haben sich Gott sei Dank diejenigen durchgesetzt, die der Meinung sind, dass es in den Nationalstaaten möglich sein muss, erfolgreiche Einspeisesysteme beizubehalten. Das bestätigt, was in den Berichten der Europäischen Kommission immer wieder stand, nämlich, dass das Einspeisegesetz das beste, das wirtschaftlichste und das effizienteste ist. Ich denke, genau das ist der richtige Weg. Wir können aufatmen, dass die Entscheidung in Europa entsprechend getroffen wurde.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang ganz herzlich bei der Bundesregierung und bei dem Minister, dessen Druck mit ausgeübt zu haben.

Ich will deutlich machen, warum es nicht nur für die deutsche Wirtschaft, sondern insgesamt gesehen wichtig ist, dass das System der erneuerbaren Energien nicht nur weiterhin eine Chance hat, sondern *die* führende Rolle spielen muss. Manche Länder sind Gott sei Dank auf unser erfolgreiches System umgeschwenkt. Aber es gibt immer noch Länder wie Großbritannien und Italien, die das Mengensystem haben. Leider ist auch die FDP immer noch Anhänger dieses Systems. Es wird gesagt, es sei sehr viel ökonomischer und wirtschaftlicher. Schauen wir uns doch einmal die Preise an.

In Großbritannien kostet eine Megawattstunde Stromenergie aus Windkraft 120 Euro. In Italien sind es 162 Euro. In Deutschland kommen wir mit unserem Einspeisesystem auf einen Preis von 75 Euro. In Irland, wo es noch mehr Wind gibt, liegt man schon bei 58 Euro. Allein dieser Vergleich zeigt: Unser System ist das effizienteste und das kostensparendste. Deswegen werden wir daran festhalten.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(C) Dieses System hat dazu geführt, dass die erneuerbaren Energien in Deutschland kontinuierlich ausgebaut wurden. Die entsprechenden Anteile habe ich gerade genannt. In Großbritannien dümpelt man weiterhin bei einem Anteil von 1,5 Prozent für die erneuerbaren Energien herum – und das seit Jahren. Diejenigen, die an dem alten System in Großbritannien festhalten, werden irgendwann sagen: Wir haben es versucht, aber wir können die erneuerbaren Energien nicht ausbauen; deswegen müssen wir vielleicht auf Atomkraft setzen. – Genau das wollen wir nicht. Wir brauchen die erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Dann haben wir die große Chance, die Atomenergie loszuwerden und die Lücke zu kompensieren. Auch deshalb, aber nicht nur deshalb müssen wir an unserem System festhalten. Wir brauchen weiterhin das EEG. Es garantiert Versorgungssicherheit, weil die heimischen Energiequellen Sonne, Wind usw. immer und überall zur Verfügung stehen, nicht nur in Deutschland. Das Gesetz garantiert, dass dieser Bereich immer effizienter und die so gewonnene Energie immer günstiger wird.

(D) Ich glaube, wir haben das richtige Instrument. Die Maßnahmen, die die Bundesregierung auf den Weg gebracht hat, über die wir in den nächsten Monaten im parlamentarischen Verfahren zu diskutieren haben, komplettieren diesen Ansatz. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Beschlüsse der Regierung umgesetzt werden, damit es zu einer Verbesserung kommt, damit wir unsere Klimaschutzziele, die jetzt auch von der Europäischen Union vorgegeben werden, nicht nur erfüllen, sondern übertreffen können. Wir wollen Vorbild sein und Europa mitziehen. Wir hoffen, dass Europa insgesamt – das ist sehr wichtig – eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 30 Prozent erreicht. Ich glaube, das ist der richtige Weg, weil wir so in der Lage sind, die anderen in der Welt mitzuziehen. So machen wir deutlich, dass man durch die Nutzung erneuerbarer Energien effizienter sein kann, wirtschaftlichen Gewinn erzielen und Klimaschutz realisieren kann.

In diesem Sinne: Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist der Kollege Michael Kauch für die FDP-Fraktion.

**Michael Kauch (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP unterstützt die Zielsetzungen des Europäischen Rates vom März 2007, nach denen bis zum Jahr 2020 mindestens 20 Prozent Treibhausgase eingespart werden sollen und der Anteil erneuerbarer Energien um 20 Prozent gesteigert werden soll. Diese Zielsetzungen des Rates werden nun von der EU umgesetzt. Das ist wichtig für den Klimaschutz.

Es kommt aber darauf an, auf welche Art und Weise die richtigen Klimaschutzziele verfolgt werden, wie das Gesetzespaket der EU-Kommission umgesetzt wird. Die Kommission hat aus unserer Sicht nicht ausreichend bedacht, dass sie damit über den Wettbewerb auf den

**Michael Kauch**

- (A) Märkten, über die Arbeitsplätze in unserer Industrie und vor allem über die Belastung der Verbraucherinnen und Verbraucher entscheidet. Deshalb fordern wir als Liberale eine Überarbeitung dieses Gesetzespaketes. Das ist in den nächsten Monaten Aufgabe der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Deutschland wird beim Emissionshandel benachteiligt. Es ist völlig unklar, warum das boomende Spanien einen Sonderzuschlag an Emissionsrechten braucht. Das ist eine Umverteilung zulasten Deutschlands. Das ist eine Umverteilung, die die Bundesregierung so nicht akzeptieren kann. Völlig inakzeptabel ist zudem, dass die EU Vorgaben für die Verwendung der Versteigerungserlöse machen will. Die FDP setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher vom Emissionshandel profitieren. Wenn wir die Emissionsrechte im Stromsektor vollständig versteigern, dann muss das Geld an die Verbraucher zurückgegeben werden, dann muss die Stromsteuer gesenkt werden. Das würde den Emissionshandel tatsächlich verbraucherfreundlich machen.

Das ist genau der Punkt, den der Umweltminister in der vergangenen Woche erkannt hat. Darum hat er Sozialtarife für den Bezug von Strom gefordert und gesagt, es dürfe keine Energiearmut geben. Es war aber der deutsche Staat, der in Form von Steuern eine Last von 40 Prozent auf die Stromtarife draufgesattelt hat. Diese Bundesregierung hat das zu verantworten. Die Stromkonzerne sind dafür nicht allein verantwortlich.

- (B) (Beifall bei der FDP – Zuruf von der CDU/CSU: Das stimmt nicht!)

Solange wir kein Kioto-Nachfolgeabkommen haben, darf die deutsche Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht verlieren. Ob die geplante kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten an energieintensive Branchen der Weisheit letzter Schluss ist, muss bezweifelt werden. Es wäre möglich, sie in die Versteigerung einzubeziehen, indem man das mit einem sinnvollen System, das die Rückerstattung an die betroffenen Branchen regelt, verbindet.

Geradezu schädlich für das Exportland Deutschland sind die Überlegungen, die Herr Barroso heute in Brüssel verkündet hat. Er überlegt, auf Importe aus Staaten, die das Kioto-Protokoll nicht unterzeichnet haben, Zölle zu erheben. Meine Damen und Herren, Sie glauben doch nicht wirklich, dass das ohne Reaktion bleiben wird. Diese Vorschläge von Herrn Barroso sind ein Anschlag auf den Freihandel und gefährden die Exportwirtschaft in Deutschland und damit Arbeitsplätze in unserem Land.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen noch einmal die Frage aufwerfen, ob es richtig ist, dass wir neben der Quote von 20 Prozent für erneuerbare Energien eine Sonderquote von 10 Prozent für Biokraftstoffe anstreben. Wenn wegen der vermeintlich guten Biokraftstoffpolitik in Europa die Regenwälder in Asien und Afrika abgeholzt werden, dann haben

- wir dem Klimaschutz und der Artenvielfalt einen Bären-dienst erwiesen. (C)

Die Nachhaltigkeitskriterien, die heute von der EU-Kommission vorgeschlagen wurden, drohen ein Papier-tiger zu werden. Deshalb appelliere ich ganz eindeutig an die Koalition: Zunächst einmal müssen Zertifizierungssysteme nachgewiesen werden. Dann können wir die Ziele für die Biokraftstoffe erhöhen. Wir dürfen nicht erst die Ziele erhöhen und die Regenwälder abholzen lassen und anschließend die Nachhaltigkeitskriterien umsetzen.

Deutsche Sonderwege bei den erneuerbaren Energien machen keinen Sinn. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Deutschland beim europäischen Handel für erneuerbare Energien mitmacht. Wir glauben, dass dies langfristig der günstigere Weg ist. Herr Bülow hat die Windenergiepreise angesprochen. Aber was ist denn mit den anderen Stromarten, die Sie hier beim Kostenvergleich nicht genannt haben? Ich finde ich es besonders skandalös – Frau Dött wird ja gleich heute schon in einer Presseerklärung geäußert –, dass die CDU/CSU, die in der Opposition das EEG massiv kritisiert hat, es jetzt mit aller Kraft und um jeden Preis verteidigen will.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Nein!  
Nein!)

Ich finde es unglaublich, wie Sie die Linie verlassen, die Sie einmal ordnungspolitisch für richtig gehalten haben.

(Beifall bei der FDP)

- Wir Liberale werden Kurs halten. Kurs halten sollten wir auch in der generellen Frage der Energiepolitik. Herr Clement hat zu Recht gesagt, dass das, was Herr Scheer und Frau Ypsilanti in Hessen planen, eine Geisterfahrt für den Industriestandort Deutschland ist. Ich frage Herrn Gabriel, der hier die Linke dafür angreift, dass sie im Bundestag die Kohlekraftwerke ablehnt und in Sachsen-Anhalt befürwortet: Wann stoppen Sie endlich die Politik von Frau Ypsilanti, die Ihrer Politik bezüglich Kohlekraftwerken in Deutschland völlig widerspricht? (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tolles Ende für eine Klimarede: mehr Kohle!)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun das Wort die Kollegin Marie-Luise Dött.

**Marie-Luise Dött (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem jetzt von der EU-Kommission vorgelegten Energie- und Klimapaket sollen die im März 2007 von den Staats- und Regierungschefs der EU verabschiedeten Ziele zur europäischen Klimapolitik umgesetzt werden. Das ist wichtig, um nach den ambitionierten Verhandlungen der Europäischen Union auf Bali international Motor der Klimapolitik zu bleiben. Wichtige und richtige Ansätze einer europäischen Klimapolitik sind nun von der Kom-

Marie-Luise Dött

- (A) mission eingeleitet worden. Konkret sind das die Aufteilung der Minderungsziele auf die Mitgliedstaaten, die Regelungen zum Emissionshandel nach 2012, der Ausbau der erneuerbaren Energien durch Handel mit Zertifikaten sowie die Einführung von verbindlichen Regelungen zum Ausfiltern und Einlagern von CO<sub>2</sub>.

Es ist heute noch zu früh, eine umfassende Aussage zur Qualität des Gesamtpakets zu machen. Gleichwohl zeigt bereits ein erster Blick auf die Vorschläge, dass weitere Diskussionen und wohl auch Überarbeitungen notwendig sind. So muss man noch einmal die Festlegung des Basisjahres 2005 für die Emissionsminderungen hinterfragen. Mitgliedstaaten, die bis 2005 kaum Anstrengungen unternommen haben und von ihren eigenen Klimazielen noch weit entfernt sind, würden dadurch bevorteilt. Länder, die bereits vor 2005 erhebliche Minderungen erreicht haben – dazu gehört Deutschland –, würden dagegen benachteiligt.

Auch über die Aufteilung der Minderungsvorgaben auf die Mitgliedstaaten muss noch einmal diskutiert werden. Die derzeit augenscheinliche Sonderbehandlung, zum Beispiel von Portugal, Griechenland und Spanien, muss gerade unter dem Aspekt einer fairen Lastenteilung geprüft werden.

Wir brauchen bei der Versteigerung der Emissionszertifikate Lösungen, die technologische Bedingungen und die internationale Wettbewerbssituation gerade energieintensiver Branchen berücksichtigen. Klimaschutz darf nicht zur Abwanderung von Unternehmen und Arbeitsplätzen in Drittländer führen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Einbeziehung der Aluminiumindustrie und von Teilen der chemischen Industrie in die Versteigerung ist ein industriepolitischer Eingriff, den wir so nicht mittragen werden.

Es ist auch nicht sinnvoll, funktionierende Instrumente der Klimapolitik durch neue, gegebenenfalls sogar teurere Instrumente zu ersetzen. Ein Beispiel – hören Sie jetzt genau zu, Herr Kauch – ist der Handel mit Zertifikaten für die erneuerbaren Energien. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz jetzt gegen einen europäischen Zertifikatehandel auszutauschen, der voraussichtlich teurer wird und anderen Staaten die Möglichkeit gibt, sich von den eigenen Verpflichtungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien auf Kosten der Erreichung unserer nationalen Ausbauziele freizukaufen – die Betonung liegt auf nationalen Zielen, nicht auf Branchenzielen –, kann nicht der richtige Weg sein.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nationale Ziele müssen national kontrollierbar und beeinflussbar bleiben. Nachweisbar funktionierende nationale Instrumente müssen auch künftig genutzt werden dürfen. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Kommission nun anerkennt, dass eine Harmonisierung der Instrumente verfrüht ist.

So wie wir in Deutschland daran arbeiten, die Energie- und Klimapolitik im Zieldreieck von Ökonomie, sozialer Verantwortung und Klimapolitik zu justieren, so erwarten wir das auch bei den Vorschlägen aus Brüssel. Eine Industriepolitik im grünen Mantel zulasten des Standorts Deutschland ist mit uns nicht machbar: nicht beim Automobilbau und schon gar nicht in der Energiepolitik. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine ambitionierte Klimapolitik in Europa werden wir dagegen uneingeschränkt unterstützen. Hier werden wir unsere Erfahrungen als europäischer und globaler Vorreiter beim Klimaschutz und beim Ausbau der erneuerbaren Energien einbringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Eva Bulling-Schröter für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn jetzt nichts passiert, wird der Ausstoß von Treibhausgasen EU-weit bis 2020 höchstens um lächerliche 6 Prozent sinken. Das ist quasi ein Beitrag zur Erderwärmung, nicht zum Klimaschutz. (D)

Jetzt ist die Frage: Kann uns das vorgelegte Paket weiterhelfen? Wir, die Linke, haben da Zweifel. Das Klimapakete wurde zwar gelobt. Wir aber meinen, sein Kardinalfehler ist das niedrige Klimaschutzziel bis 2020. Darum dreht sich letztendlich alles. Der Ausstoß der Emissionen soll lediglich um 20 Prozent gegenüber dem Ausstoß von 1990 reduziert werden. Notwendig ist aber seitens der EU eine Minderung um wenigstens 30 Prozent. Ansonsten können wir das 2-Grad-Ziel vergessen; das wissen wir alle.

Langsam wird deutlich, dass die 30-Prozent-Marke, die die Bundeskanzlerin im letzten Sommer mit dem EU-Ratsbeschluss präsentierte, nie ernst gemeint war. Wir meinen, dies ist eine Mogelpackung. Die Kommission hat sich gar nicht erst die Mühe gemacht, ein 30-Prozent-Szenario aufzunehmen. Deshalb werden auch die Latten für den Emissionshandel ab 2012 sowie für die Nichtemissionshandelsbereiche, wie Verkehr und die Haushalte, zu niedrig gehängt.

Gut ist, dass die Kommission nun die Emissionsrechte für die Stromwirtschaft ab 2013 vollständig versteigern will. Doch was passiert bis dahin? Sollen tatsächlich so lange alle Stromkonzerne davon profitieren, dass der Staat ihnen die wertvollen Rechte geschenkt hat? Wir fordern nach wie vor – das müssen Sie sich immer wieder anhören – eine Abschöpfungsteuer für die Sondergewinne, die aus der Einpreisung der Zertifikatsmarktpreise in den Strompreis herrühren.

**Eva Bulling-Schröter**

- (A) (Beifall bei der LINKEN – Franz Obermeier [CDU/CSU]: Verstaatlichen ist noch besser! VEB!)

– Warum regen sich die Herren von der CDU/CSU so auf?

(Franz Obermeier [CDU/CSU]: Machen wir wieder VEB!)

Die Windfall-Profits sind der Grund, warum wir nicht wollen, dass die Zertifikate ab 2013 an die Industrie weiterverschenkt werden.

Zum Thema Wettbewerb. Wenn der von der Kommission vorgeschlagene „Klimagaszoll“ kommt, können damit europäische Firmen vor Ökodumping geschützt werden, etwa vor US-Produkten, falls Washington weiter querschießt. Ich halte das für sinnvoll.

Zu erwarten war, dass der deutsche EU-Kommissar und Sozialdemokrat Günter Verheugen wieder einmal den Cheflobbyisten für die Chemie-, Stahl- oder Aluminiumindustrie gibt. Im Klimapakete sieht er „wirtschaftlichen Selbstmord“; das lief heute über den Ticker. Ich meine, wir sollten da aufpassen, und Sie sollten aufpassen, was Sie den Beschäftigten hier erklären. Ich denke, eine solche Politik ist sehr gefährlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass aber Umweltminister Gabriel kürzlich in Bezug auf die CO<sub>2</sub>-Vorgaben der Kommission im Fahrzeugbereich einen Wettbewerbskrieg gegen die deutschen Autohersteller ausmacht, halte ich für starken Tobak. Anstatt

- (B) Angst vor höheren Belastungen der Wirtschaft durch den Klimaschutz zu haben, sollte die SPD besser den großen Versorgern auf die Finger klopfen.

(Beifall bei der LINKEN)

So fordert ja selbst der Chef der Monopolkommission, ausschließlich den Konkurrenten von RWE, Eon, EnBW und Vattenfall Genehmigungen für neue Kraftwerksbauten zu erteilen. Wettbewerb belebt halt die Preisfindung. Wenn dann noch die Netze in öffentliche Hand kommen, dürfte sich das auch für die Endverbraucher lohnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deutschland soll nun den Anteil erneuerbarer Energie am Primärenergieverbrauch bis 2020 auf 18 Prozent steigern. Wir denken, auch dies ist nicht ambitioniert genug. Wir meinen, 30 Prozent sind möglich und mit Blick auf die Erderwärmung auch erforderlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu den Agrokraftstoffen. Die angestrebte EU-Quote von 10 Prozent ist viel zu hoch und niemals durch EU-internen Anbau zu erfüllen. Sie muss auf ein realistisches Maß gesenkt und auf alle Energien vom Acker ausgeweitet werden. Gleiches gilt für das völlig unrealistische Deutschlandziel der Bundesregierung von sogar 20 Prozent. Richtschnur muss sein, sämtliche Agroenergien durch nachhaltigen Anbau auf EU-Flächen zu erzeugen. Wir kennen die Zahlen, und wir wissen, was hier passiert. Schon jetzt werden für Agrosprit Urwälder gerodet und Kleinbauern in Brasilien oder Indonesien ver-

trieben. Immer mehr Menschen in diesem Land befassen sich mit diesen Themen. Sie sollten dem endlich Rechnung tragen. (C)

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Michael Kauch [FDP])

Zum Schluss, Herr Gabriel: Wenn Sie ernst gemeint haben, was Sie in Bali gesagt haben, dann sorgen Sie bitte dafür, dass die Richtlinien in einigen Punkten nachgebessert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nun hat der Kollege Steffen Reiche für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

#### **Steffen Reiche (Cottbus) (SPD):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung der Kommission ist historisch; sie schreibt Geschichte. Der größte Wirtschaftsraum der Erde macht ein einseitiges Angebot und ist bereit, es zu erhöhen, wenn es ein internationales Abkommen gibt, also ein Nach-Kioto-Abkommen beschlossen wird. Bisher waren die beiden Hauptziele der EU: Frieden erhalten, Globalisierung gestalten. Jetzt kommt ein drittes hinzu: den Klimawandel stoppen.

Die EU zeigt: Wirtschaftliches Wachstum und umwelt- und klimabewusstes Produzieren sind kein Widerspruch. Das ist ein langfristig gutes Investment; denn 3 Euro pro Woche und Bürger für das Handeln zu zahlen, ist besser, als 30 Euro für das Nichthandeln zu zahlen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Klimapolitische Schwarzfahrer müssen mehr bezahlen.

Ich vertrete den Wahlkreis, der von dieser Entscheidung vermutlich am stärksten betroffen ist: die Niederlausitz. Dort sind knapp 5 000 Megawatt Leistung auf Braunkohlebasis installiert. Bisher haben wir knapp 50 Millionen Euro Mehrkosten; demnächst werden es 500 Millionen Euro Mehrkosten für den Zertifikatserwerb sein. Mit dieser Entscheidung wird es weitere Steigerungen geben. Trotzdem trage ich dieses Paket mit. Wir produzieren fünfmal mehr Strom, als wir in Brandenburg verbrauchen. In fünf Monaten werden wir das erste CO<sub>2</sub>-arme Kraftwerk – mit einer Leistung von 30 Megawatt – ans Netz gehen lassen.

Ich habe vier Kritikpunkte. Erstens. Die Verlegung der Berechnungsbasis auf das Jahr 2005 ist zu überdenken. Wer sich früh bewegt, darf dafür nicht bestraft werden. Early Action muss sich lohnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die Verlagerung der Berechnungsbasis trifft kein Land so hart wie Deutschland. Das Basisjahr des Kioto-Protokolls, also 1990, sollte als Bezugsjahr beibehalten werden.

**Steffen Reiche (Cottbus)**

- (A) Zweitens. Wichtige Bereiche wie die Stahl-, die Zement- und die Chemieindustrie auszuklammern, ist nur eine Übergangsregelung. Was wir brauchen, ist eine Border-Tax, einen Zoll für alle, die sich am Nach-Kioto-Prozess nicht beteiligen;

(Beifall des Abg. Marco Bülow [SPD])

denn sonst kommt es zu einer klaren Wettbewerbsverzerrung. Hier brauchen wir eine Richtlinienfolgenabschätzung.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Die EU muss im Rahmen der Doha-Runde über die Einführung von Border-Taxes diskutieren. Sie sollten ab dem Jahre 2013 eingeführt werden. Dann könnten auch Industriebereiche wie die Stahl- und Zementproduktion berücksichtigt werden.

Drittens. Nur 25 Prozent der Zertifikate im Rahmen von Joint-Implementation- und CDM-Projekten zuzulassen, ist ein Fehler.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Ja!)

Die Auslastung der CDM-Projekte beträgt schon jetzt 20 Prozent, und das bei Zertifikatekosten von nur 20 Cent. Die Kosten für die Zertifikate haben sich aber auf 25 Euro ver Hundertfacht. JI und CDM sind die klügsten Antworten auf ein globales Problem. Sie sind Teil eines globalen Marshallplans. Mit optimalen Kosten erreichen wir den maximalen Nutzen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Michael Kauch [FDP])

Die CDM-Zertifikate sind preiswerter als die auktionierten Zertifikate und haben einen nachhaltigeren globalen Nutzen. Der europäische Innovationsdruck bleibt auch bei einem Anteil der CDM-Zertifikate in Höhe von 50 Prozent erhalten. Ich bitte deshalb zu prüfen, ob in der Richtlinie der EU-Kommission nicht zumindest die Möglichkeit eröffnet werden sollte, den Anteil der CDM-Zertifikate gemeinsam mit dem Rat auf bis zu 50 Prozent zu erhöhen. Im Jahre 2013, also in fünf Jahren, könnten wir dieses Sicherheitsventil auf diesem unter hohem Druck stehenden Kessel dringend brauchen.

Mein vierter Kritikpunkt. Wer erneuerbare Energien will, braucht effiziente Speicher, auch Pumpspeicherkraftwerke. Die Regulierungsbehörde hat, wie ich denke, eine Fehlentscheidung getroffen, durch die der Neubau dieser Kraftwerke und die Nutzung dieser vorhandenen Technik zur Speicherung von Windenergie massiv behindert werden. Die Braunkohle ist und bleibt der wichtigste heimische Energieträger. Sie braucht nicht nur im Hinblick auf die Sicherung der Arbeitsplätze, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit eine mittel- und langfristige Perspektive.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die beim Zertifikatehandel anfallenden Gewinne müssen deshalb auch in den Aufbau neuer CO<sub>2</sub>-freier bzw. -armer Kraftwerke investiert werden. (C)

(Zuruf von der CDU/CSU: Was sagt denn Frau Ypsilanti dazu?)

Das Innovationslabor Deutschland kann nur bestehen, wenn wir wirtschaftlich stark bleiben; hier hat Günter Verheugen recht. Insofern besteht bei dieser Richtlinie Gesprächs- und Änderungsbedarf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Renate Künast das Wort.

**Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! An dieser Debatte wundert mich, wie sehr sich manche Leute in die einzelnen Details „hineinfräsen“.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Das sollten Sie auch einmal tun!)

– Das habe ich schon lange vor Ihnen gemacht. Sie brauchen mich also nicht darauf hinzuweisen, dass ich mich mit Details beschäftigen muss.

(Marie-Luise Dött [CDU/CSU]: Aber nicht immer nur mit der großen Klatsche! Werden Sie einmal konkret!)

(D)

Auch wenn Sie hier gerade, schick drapiert, über den Klimaschutz geredet haben, muss man feststellen: Die CDU/CSU hat beim Klimaschutz keine Kompetenz. Das hat man auch an Ihrer Rede gemerkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andere halten das große Ganze für richtig. Am Ende wird aber immer die Ideologie der Ausnahmen und Trickereien propagiert. Ich glaube, man kann zum Vorschlag der Kommission nur sagen: Er geht zwar in die richtige Richtung, entspricht aber nicht dem 40-Prozent-Ziel, von dem die Bundesregierung immer geredet hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem kann durch Umsetzung dieser Richtlinie nicht gewährleistet werden, dass die Erwärmung, die stattfindet, nur 2 Grad betragen wird. Es gibt keinen Anlass, das in den Himmel zu loben. Vielmehr muss man dazu, wie sich die Vertreter der Bundesregierung in den letzten Wochen in Brüssel verhalten haben, feststellen: Diese Regierung predigt Klimaschutz, aber an allen Ecken und Kanten bremst sie und sorgt für Ausnahmeregelungen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Bali haben Sie gefordert, dass die Industriestaaten ihre Emissionen bis 2020 um 25 bis 30 Prozent reduzieren. Jetzt – auch eine Vorlage dieser Bundesregierung – ist allenfalls noch von 20 Prozent die Rede. Da kann ich nur sagen: Bei dieser Bundesregierung weiß man nicht,

**Renate Künast**

- (A) welche Rolle sie einnehmen will. Auf der internationalen Bühne spielen Sie den Retter des Weltklimas, während Sie in Brüssel, hinter verschlossenen Türen, eine Lobby Marionette sind, die für Ausnahmen kämpft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das beim Thema Auto gesehen. Sie haben davon gesprochen, dass die Vorschläge der Europäischen Kommission „eine Kriegserklärung an uns“ seien. Jetzt kann man schon mit Abgasgrenzwerten jemandem den Krieg erklären. Ich finde, das ist ein bisschen dick aufgetragen.

Auch in der Frage, ob man Netze und Stromproduktion trennen soll, kämpfen Sie gegen die Europäische Kommission, obwohl gerade hier Wettbewerb hilfreich wäre, um niedrigere Preise für die Verbraucher durchzusetzen.

Beim Klimaschutz in der Landwirtschaft stehen Sie ebenfalls auf der Bremse.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einer der spannendsten Punkte und der am meisten zu kritisierende Punkt in dieser Vorlage der Kommission ist eine Sache, für die sich Herr Gabriel rühmt, und zwar sind das die Ausnahmen für die energieintensive Industrie. Wer bei der Versteigerung der Zertifikate die energieintensive Industrie schützt, wer nicht einmal einen Prozentsatz festsetzt, damit der Zwang entsteht, effizienter zu werden, wer einfach davon ausgeht, dass sich diese Industrie schon modernisieren wird, der ist nicht der Retter des Weltklimas, sondern jemand, der Politik im Sinne der Lobby der alten Industriezweige macht. Industriepolitisch ist das ein Fehler.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Gabriel redet immer von der dritten industriellen Revolution. Dann muss man aber auch an alle ran. Dann geht es nicht nur um die Stromerzeugung, dann geht es auch um Stahl, Chemie und Aluminium. Dann muss man ohne Wenn und Aber den Menschen Rückendeckung geben – für ihr Portemonnaie und für die Zukunft der Arbeitsplätze. Wir alle wissen doch, dass Energie in Zukunft teurer werden wird. Da können Sie von der FDP nicht weiter zwischen Export und Import unterscheiden und sich das jeweils Schönere herausuchen. Man kann im Denken nicht bei den Vorschlägen und Beschlüssen der Regierungskonferenz vom März 2007 bleiben, man muss davon ausgehen, dass Energie endlich ist und immer teurer wird.

(Michael Kauch [FDP]: Ohne Wenn und Aber!)

– Ohne Wenn und Aber. Deshalb müssen wir vom fossilen ins solare Zeitalter eintreten, wir müssen viel effizienter werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Franz Obermeier [CDU/CSU]: Praxisfremd!)

Wir haben andere wirtschaftliche Interessen als die, die jetzt in den Vorstandsetagen sitzen. Wir müssen die Machtfrage stellen. Wir dürfen nicht immer und immer

wieder vor den Lobbyisten in die Knie gehen. Wir müssen das Land modernisieren und dürfen keine Rücksicht darauf nehmen, wenn wieder einmal ein Industriezweig Druck macht. Wir müssen anders wohnen, anders produzieren, anders transportieren. Das ist eine klare Absage an die Atomkraft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn die CDU/CSU und Teile der SPD im Europäischen Parlament das anders sehen: Solche Schrottmüller wie Biblis und Brunsbüttel müssen endlich vom Netz. Sie schützen weder das Klima, noch bringen sie niedrige Energiepreise.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Michael Brand [CDU/CSU]: Das ist Ideologie, Frau Künast!)

– Das rufen die Ideologen immer dazwischen.

Wir wollen auch keine neuen Kohlekraftwerke. Wenn, wie vorgeschlagen, die Emissionszertifikate zu 100 Prozent versteigert werden, wenn der Handel durchgesetzt wird, gibt es nämlich nicht nur den guten Klimagrund, keine Kohlekraftwerke mehr zu bauen, sondern auch einen finanziellen Grund: Kohlekraftwerke werden sich dann definitiv nicht mehr rechnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Kauch [FDP]: Aber das regelt der Markt und nicht Sie!)

Es ist eine Fehlinvestition, wenn in Kohlekraftwerke investiert wird, weil der Ausstoß von CO<sub>2</sub> viel Geld kosten wird. Die Kohlekraftwerke werden Milliardengräber. Wir müssen stattdessen in Wind-, Sonnen- und Wasserkraft sowie in Effizienz investieren. All dies fehlt hier.

(D)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Mein letzter Satz, Frau Präsidentin.

Die Bundesregierung muss die Kommission dazu bewegen, sich ein Reduktionsziel von 40 Prozent zu setzen. Die Bundesregierung muss damit aufhören, Lobbyismus zu betreiben und Ausnahmen zu fordern, damit es keine Fehlinvestitionen gibt. Ich sage Ihnen ganz klar: Ich möchte Vorschläge von Ihnen sehen statt Lobbypolitik in Brüssel. Denn dieser Vorschlag der Kommission wird definitiv nicht ausreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist nun der Kollege Dr. Georg Nüßlein für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Klimaschutz ist natürlich ein europäisches Thema par

**Dr. Georg Nüßlein**

- (A) excellence. Es geht um die Erfolge, die man nur auf europäischer Ebene erreichen kann, aber es geht auch darum, dass wir einen hohen Harmonisierungsbedarf haben, weil das natürlich auch Einflüsse auf die Wettbewerbsfähigkeit hat, Frau Künast.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau deshalb! Dass Sie das auch schon merken, ist beachtlich, Herr Nüßlein!)

Damit bin ich bei dem Punkt, den Sie angesprochen haben. Im Vorfeld dessen, was uns heute vorgestellt worden ist, haben wir intensive Diskussionen erlebt, die für die Politik der Europäischen Union exemplarisch sind. Manche fahren nämlich nach Brüssel, um dort vorrangig nationale Interessen zu vertreten. Wir müssen dagegenhalten. Das hat diese Bundesregierung auch ganz entschieden und richtig getan.

Insbesondere geht es dabei um die deutsche Automobilindustrie. Sie können jetzt sagen, dass das Lobby- bzw. Interessenpolitik ist. Ich sage Ihnen aber eines: Nur dann, wenn es uns gelingt, auf der einen Seite das Klima zu schützen und auf der anderen Seite wirtschaftlich voranzukommen und Wachstum zu sichern, wird das, was wir politisch tun, von den Bürgerinnen und Bürgern dauerhaft akzeptiert werden. Wir brauchen für unsere Politik doch die Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen sie doch mitnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Es ist nun einmal Fakt, dass es in Deutschland Premiumautomobilhersteller gibt, die mit dem, was man uns vorgeben will, Probleme haben. Es ist entscheidend, dass man diese besondere Ausgangslage berücksichtigt. Herr Gabriel, an dieser Stelle müssen wir auf der europäischen Bühne auch politisch weiterarbeiten.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bis wir wieder bei den Vorstandsgehältern sind!)

Allerdings haben wir auch erlebt, dass es an dieser Stelle seitens der EU-Kommission Versuche gibt – das ist exemplarisch für die europäische Politik –, Umsetzungskompetenzen an sich zu ziehen. So weit darf es nicht gehen. Dass wir die Ziele auf der europäischen Ebene miteinander vereinbaren, ist richtig, dass man aber, wie bei diesem unsäglich diskutierten Zertifikatehandel, so weit gehen will, den Nationalstaaten vorzuschreiben, wie das umgesetzt werden muss, ist falsch. Wir brauchen doch den Wettbewerb der Systeme. Deshalb müssen wir ganz deutlich machen, dass wir am Erfolgsmodell EEG festhalten wollen. Alles andere wäre ein falscher Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich sage auch, dass die EU an dieser Stelle Kompetenzen an sich ziehen will, die sie überhaupt nicht braucht. Ich spreche die Charta der Rechte der Energieverbraucher an. Ich weiß, dass es den einen oder anderen im Haus gibt, der sagt: Ein Sozialtarif wäre doch prima; wenn er auf europäischer Ebene verordnet wird, dann ist es umso besser. – Nein, so weit darf die europäische Politik an dieser Stelle nicht gehen.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: So ist es!) (C)

Beim Thema Sanktionszahlungen im Automobilbereich sprechen manche mittlerweile unverhohlen von EU-Steuern.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Auch das ist nicht im Sinne eines nationalen Parlaments.

Wir müssen dafür sorgen, dass nicht die Kompetenzen nach Brüssel gehen und die Verantwortung dafür bei uns bleibt. Wir müssen unsere Kompetenzen und unsere Verantwortung auch wahren.

Ich spreche das Thema Biokraftstoffe an. Wenn wir hier vorankommen wollen und wenn wir andere Ziele vorgegeben bekommen, dann heißt das in der Konsequenz, dass wir in diesem Parlament jetzt schnellstens dafür sorgen müssen, dass die Kapazitäten Deutschlands, die wir aufgebaut haben, auch erhalten bleiben, damit am Schluss nicht alles aus dem Ausland kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie doch getan! Sie haben doch das mit dem Beimischungszwang gemacht!)

– Liebe Frau Künast, das werden wir jetzt in Angriff nehmen.

Wir werden das Thema erneuerbare Energien ausweiten, und wir werden das EEG und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz im parlamentarischen Prozess evaluieren.

(D)

Aber – jetzt komme ich zu dem, was hier verschiedentlich angesprochen worden ist – wenn wir im Jahre 2020 über die Ziele hinaus, die uns die EU vorgegeben hat, bei einem Anteil der erneuerbaren Energien von 30 Prozent liegen werden, dann bleibt die Frage offen, woher die anderen 70 Prozent kommen. Wenn man gegen Kohle und gegen die Kernenergie ist, dann kann man diese Frage nicht beantworten. Es ist aber Pflicht und Aufgabe des Deutschen Bundestages, die Frage, woher sie kommen, auch zu beantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU und Abgeordneten der FDP)

Herr Kollege Reiche von der SPD, ich hätte mir gewünscht, dass wenigstens der Kollege Scheer, der ja noch Mitglied dieses Parlaments ist und das im Übrigen auch bleiben wird,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, Herr Dr. Nüßlein!)

hier gewesen wäre und Ihre Rede zum Thema Kohle gehört hätte. Das wäre doch spannend gewesen. Der Frau Ypsilanti schicken Sie nach Möglichkeit einen Abdruck dessen, was Sie hier heute gesagt haben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Am besten vor den Wahlen!)

Der Kollege Scheer kann und darf nicht so tun, als kämen wir in diesem Land in der absehbaren Zukunft ohne

**Dr. Georg Nüßlein**

- (A) Kohle und ohne Kernenergie aus. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. Politik beginnt jedenfalls bei uns, bei der Union, mit dem Betrachten der Realitäten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nun hat das Wort Kollege Dr. Axel Berg für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Axel Berg (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorschläge der EU-Kommission sind im Großen und Ganzen zu begrüßen. Mit den Entwürfen in allen vier Bereichen – CO<sub>2</sub>-Minderung, Emissionshandel, erneuerbare Energien und Rechtsrahmen für CCS – können wir so weit arbeiten. In der Vorlage der Kommission zur Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Ausbauziele wird es den Mitgliedstaaten überlassen, mit welchen Instrumenten sie ihre Ziele erreichen. Damit ist das erfolgreiche deutsche EEG, das zigfach in vielen Ländern rund um die Welt kopiert wurde, eben nicht infrage gestellt. Das ist konsequent und richtig von der Kommission. Schon 2005 hatte sie ja selbst bestätigt, dass das EEG das effektivste und kosteneffizienteste Instrument zur Einführung von erneuerbaren Energien ist.

- (B) Seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 wurden in der gesamten Branche 250 000 neue Arbeitsplätze geschaffen – notabene in Zeiten, in denen in allen Branchen aus vollen Rohren Personal gefeuert wurde, in Zeiten, in denen der letzte Handyhersteller Deutschland verlässt. Ende 2007 machte der Anteil der erneuerbaren Energien beim Strom schon 14 Prozent aus. Das sind 4 bis 5 Prozent des deutschen Gesamtenergieverbrauchs; das ist deutlich mehr, als zwei Atomkraftwerke produzieren, deren Betreiber leider immer noch die erneuerbaren Energien bekämpfen, die sich selbst inzwischen Klimaschützer nennen, aber weiter das Volk belügen und der deutschen Volkswirtschaft schaden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Das vorgegebene Ziel der Kommission für Deutschland, bis 2020 auf 18 Prozent erneuerbare Energien am Gesamtenergieverbrauch zu kommen, ist ambitioniert. Aber wir können es hinkriegen, wenn alle mitmachen und wenn die vier Großen endlich aufhören zu mauern.

Lieber Dr. Nüßlein, Steffen Reiche sprach auch die großen Energieverbraucher an. Ich denke ebenfalls wie er, dass wir über Ausnahmen und Härtefallregelungen für energieintensive Industrien noch einmal im Licht der Kommissionsvorschläge diskutieren sollten.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/  
CSU])

Warum sollte nicht an vielen Stellen auf sehr viel energieärmere Materialien gesetzt werden? Man kann Häuser, Brücken oder Bundesgartenschauen energiearm und

- reich an Ästhetik auch mit Steinen oder Holz bauen. (C)  
Doch die Härtefallregelung macht Zement attraktiv. Wie schaut es mit Aluminium aus? Alu ist ein großartiger Hightechwerkstoff. Lasst uns doch langlebige Motoren aus ihm bauen, aber nicht jede Aluhäufassade subventionieren; der Metzger muss auch nicht jede Leberkäsemmel in Alupapier einwickeln. Hierfür gibt es doch Alternativen. Deshalb kann eine kostenlose Zuteilung von Zertifikaten, von der ich eben hörte, dass sie die Kommission verabschiedet habe, keine Lösung sein. Lasst uns lieber über eine Nachhaltigkeitszertifizierung nachdenken wie bei der Biomasse. Hier hat Steffen Reiche die Wahrheit gesprochen, lieber Dr. Nüßlein.

Auch die vorgeschlagene Einbeziehung des Luftverkehrs ist eine sinnvolle Erweiterung des Emissionshandels. Wir müssen, wenn wir ehrlich gemeinten Klimaschutz wollen, Flugreisen zu Taxitarifen eindämmen. Letztlich wird die Fliegerei wettbewerbsverzerrend gegenüber Auto und Zug subventioniert. Eine Verteuerung der aktuell genutzten Treibstoffe durch den Emissionshandel wird hier sicherlich größere Forschungsanstrengungen mit sich bringen. Das wiederum ist auch dringend notwendig, wenn Airbus wettbewerbsfähig bleiben soll, weil Boeing wiederum schon die ersten Biospritprototypen in der Luft hat. Ein Umstieg auf biologische Treibstoffe ist technisch vielleicht gar nicht so wild, wird aber von den europäischen Flugzeugbauern bisher noch nicht einmal angedacht oder ernsthaft angegangen, weil Kerosin so billig ist.

(Zuruf des Abg. Michael Kauch [FDP])

- Das wollen wir ja verhindern. (D)

Die von uns geforderte einhundertprozentige Auktion aller Zertifikate ab 2013 ist von der Kommission aufgenommen worden. Die Einnahmen werden in den nationalen Haushalten landen, um für weitere Klimaschutzmaßnahmen genutzt zu werden. Das ist der richtige Weg, der uns weiterbringt.

Außerdem sollten die erneuerbaren Energien – das ist ein wichtiger Punkt – Emissionszertifikate zugeteilt bekommen. Ihnen sind doch die größten CO<sub>2</sub>-Reduktionen zu verdanken. Erst dann kann man von einem ganzheitlichen, vernetzt gedachten, sinnvollen Mechanismus sprechen. Es müssen alle CO<sub>2</sub>-produzierenden und auch CO<sub>2</sub>-vermeidenden Branchen einbezogen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Nur so kommen wir meines Erachtens zu einem Wettbewerb, der diesen Namen auch verdient. So kommen wir zu sinkenden Preisen. Nur so kommen wir zu einer Zukunftsfähigkeit unseres Landes ebenso wie der EU.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Franz Obermeier.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Franz Obermeier** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ist es zu begrüßen, dass die Europäische Kommission ein umfassendes Energiepaket vorgelegt hat, mit dem wir uns aber aus energie-, wirtschafts- und klimapolitischen Erwägungen intensiv auseinandersetzen müssen.

Der Kommissionspräsident hat heute verkündet, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen bezogen auf Fahrzeuge, Haushalte, Gewerbe, Landwirtschaft und Abfälle um 14 Prozent gesenkt werden sollen. Interessant ist dabei, dass das Jahr 2005 als Basisjahr gewählt wird. Hier setzt meine Kritik an. Wir müssen sehr genau prüfen, ob wir dem ohne Weiteres zustimmen können; denn bezogen auf unser bisheriges Basisjahr 1990 bedeutet das im Grunde genommen eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in diesem Bereich um 33 oder 34 Prozent.

Welche Implikationen eine derartige Reduzierung hat, ist durchaus erwägenswert. Die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 18 Prozent bezogen auf den gesamten Primärenergieverbrauch ist meines Erachtens möglich, wenn wir klug handeln. Dies würde in etwa eine Verdoppelung des jetzigen Bestandes bedeuten. Das ist unter normalen Bedingungen hinzubekommen.

Interessanterweise lässt sich der Kommissionspräsident auch über die Kostenverteilung aus. Er ist der Meinung, die Kosten für die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen würden im Jahre 2020 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Ich teile diese optimistische Einschätzung nicht. Insgesamt ist ihm zuzustimmen; gemessen an den Kosten, die ohne eine entsprechende Klimapolitik auf uns zukämen, ist das relativ günstig.

(B)

An den Ausführungen des Kommissionspräsidenten finde ich auch interessant, dass er Klimawandel, Energiepreise und Maßnahmen für die europäische Wirtschaft miteinander verknüpft. Das habe ich in der Form noch nicht gehört und finde es sehr bemerkenswert, zumal er in seinen weiteren Ausführungen eine kostenlose Zuteilung an bestimmte Branchen wie die Stahl-, Aluminium- und Kupferindustrie vorschlägt, solange diese Branchen im internationalen Wettbewerb keinen ähnlichen Restriktionen hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Emissionen unterliegen. Ich halte diese Verfahrensweise für angemessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir müssen bedenken, dass es um Festsetzungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments geht. Deswegen müssen wir die gesamte Entwicklung besonders aufmerksam verfolgen. Ich sehe es äußerst kritisch, dass die Auktionserlöse dem EU-Haushalt zugeführt werden sollen, statt in die Nationalstaaten zurückzufließen. Damit müssen wir uns noch intensiv auseinandersetzen.

Interessant fand ich Ihre Bemerkungen zum Thema Joint Implementation, Herr Reiche, und den Vorschlag, den Anteil der CDM-Zertifikate auf bis zu 50 Prozent zu erhöhen. Das ist eine Basis, über die sich durchaus reden lässt; denn wir müssen die Preise im Rahmen halten.

Das, was Frau Künast hier vorgetragen hat, ist hanebüchen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Die grüne Klimapolitik ist nicht von Kompetenz getragen. Sie ist alles andere als ausgewogen. Wir sagen zwar Ja zur Klimapolitik, fordern aber auch eine Klimapolitik unter Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen. Was unserer Wirtschaft extrem schadet, müssen wir in diesem Hause mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, vermeiden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Für die energieintensive Industrie Ausnahmen zu machen, bedeutet nicht Lobbypolitik, sondern Klimapolitik. Bedenken Sie: Wenn die energieintensive Industrie ins Ausland abwandert, dann wird die Produktion nicht zu den günstigen und guten Bedingungen durchgeführt wie in Deutschland. Frau Künast, Ihre Ideologie sorgt für weniger Arbeit und mehr Arbeitslosigkeit in diesem Land.

(Beifall bei der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Umweltpolitik schafft Arbeitsplätze!)

In Ihrer siebenjährigen Regierungszeit ist die Arbeitslosigkeit ständig gestiegen. Die Ursache sind eine völlig verfehlte Wirtschaftspolitik und Klimapolitik.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Für die Bundesregierung erteile ich nun das Wort dem Herrn Bundesminister Sigmar Gabriel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Sigmar Gabriel**, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach der Aufwärmphase des Jahres 2007 kommen wir nun in Europa und insbesondere in Deutschland zum Start des Marathonlaufs beim Klimaschutz. Das, was die EU-Kommission vorgelegt hat, ist aus unserer Sicht ein ausgezeichnete Vorschlag zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele.

Um gleich mit ein paar Missverständnissen bei der Opposition aufzuräumen: Die EU-Kommission schlägt nicht vor, bis 2020 den Ausstoß der Treibhausgase um 20 Prozent zu reduzieren. Vielmehr soll Europa, wenn wir zu einem internationalen Abkommen kommen, den Ausstoß um 30 Prozent senken. Übrigens, Frau Künast, die Europäische Union hat niemals 40 Prozent versprochen.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wäre aber nötig!)

– Nein, das wäre nicht nötig. Das bestätigen auch internationale Wissenschaftler. Sie sprechen von 30 Prozent.

**Bundesminister Sigmar Gabriel**

- (A) Gleichzeitig zeigt die EU-Kommission auf, wie die Stellschrauben aussehen müssen, um in der Zielsetzung von 20 auf 30 Prozent zu erhöhen. Was die EU-Kommission macht, ist richtig.

Deutschland bleibt bei seinem Ziel, bis 2020 den Ausstoß um 40 Prozent zu senken, und gibt somit der Europäischen Union faktisch die Möglichkeit, im Falle eines internationalen Klimaschutzabkommens die Emissionen um 30 Prozent zu senken. Da wir über den Zeitraum von 2013 bis 2020 in der EU reden, die internationalen Verhandlungen aber bereits im Jahr 2009 abgeschlossen sein werden, braucht man die Kommission nicht zu kritisieren, da sie für beide Ziele Maßnahmen vorschlägt.

Die EU-Kommission schafft endlich ein Emissionshandelssystem – dafür haben viele im Haus lange geworben – mit einheitlichen Strukturen im Europa der 27 und einer 100-prozentigen Auktionierung, dem Verkauf der Verschmutzungsrechte. Durch den Emissionshandel sinkt der Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die in die Atmosphäre entweichen dürfen, deutlich.

Der Kollege hat völlig recht, Frau Künast: Was Sie vorhin erzählt haben, ist hanebüchen. In Ihrer Regierungszeit ist in der Landwirtschaftspolitik im Hinblick auf den Klimaschutz gar nichts gemacht worden.

(Beifall bei der SPD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lüge!)

- (B) Sie haben im Rahmen des Emissionshandels den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gerade einmal um 2 Millionen Tonnen gesenkt. Wir sorgen nun für eine Senkung um 53 Millionen Tonnen. Jetzt schlägt die EU-Kommission eine weitere Senkung um 78 Millionen Tonnen vor. Das sind insgesamt 131 Millionen Tonnen. Erzählen Sie also nicht, das EU-Papier sei wenig ambitioniert! Sie haben nicht mehr durchsetzen können. Nun läuft es Gott sei Dank anders. Freuen Sie sich darüber, und kritisieren Sie nicht die Europäische Union!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das Gleiche gilt beim Erneuerbare-Energien-Gesetz. Sie dachten noch, ein 20-prozentiges Ausbauziel bei erneuerbaren Energien sei ambitioniert. Jetzt kommen wir in Deutschland im Stromsektor auf 30 Prozent, und mit dem Vorschlag der Kommission verdoppeln wir insgesamt in Deutschland den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020. Das ist vernünftig.

(Hans-Josef Fell [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen ja nicht einmal das EU-Ziel von 20 Prozent einhalten!)

– Das ist doch Unsinn. Herr Fell, Sie machen Volksverdummung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie erzählen den Leuten, die Europäische Union hätte gesagt, für jeden mache sie 20 Prozent erneuerbare Energien. Das ist doch Quatsch!

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch ein eingebildeter Schnösel! Ihr Verhalten hat sich verändert!)

– Sie fühlen sich getroffen. Das kann ich verstehen. (C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wissen Sie, wir wären doch weiter, wenn wir – –)

– Ich verstehe das, Frau Künast. Ich würde an Ihrer Stelle bei so viel Versagen und so wenig Detailkenntnis bei dem Thema, über das wir hier reden, auch so reagieren, wie Sie reagieren. Sie haben wirklich keine Ahnung, wovon Sie sprechen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Herr Minister, darf ich Sie einen Moment unterbrechen! – Wenn ich es richtig gehört habe, ist gerade von „Volksverdummung“, aber auch von „Schnösel“ gesprochen worden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber vorher von hanebüchenem Unsinn!)

Ich denke, beides sollte aus unserem parlamentarischen Sprachgebrauch gestrichen werden.

Herr Minister, bitte sehr.

**Sigmar Gabriel**, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Frau Präsidentin, vielen Dank für die Erinnerung an den parlamentarischen Sprachgebrauch. Ich werde jedenfalls für meinen Teil versuchen, mich daran zu halten. Trotzdem stimmt, dass Frau Künast zu Recht gesagt hat, sie habe sich nicht mit Details befasst. Das, finde ich, ist richtig. (D)

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sonst wüsste sie, dass es in dem Papier der Europäischen Kommission eine einzige Ausnahme gibt, und sonst wüsste sie vielleicht auch, dass sie in einigen Bereichen aus physikalischen Gründen CO<sub>2</sub> nicht weiter senken können, zum Beispiel in der europäischen Stahlindustrie. Es ist aber nicht schlimm, dass sie das nicht weiß; denn es wird wohl kein Facharbeiter in der Stahlindustrie Grün wählen. Aber den Kolleginnen und Kollegen von den Linken würde ich gern Folgendes sagen, weil es ja Gefahren bei den Wahlen gibt: Ich werde mir die Freiheit nehmen, in ein paar Stahlunternehmen zu gehen und dort den Betriebsräten zu sagen, dass Sie der Überzeugung sind, es sei richtig, auch für die deutsche Stahlindustrie zur Auktionierung der Emissionszertifikate zu kommen, obwohl völlig klar ist, dass diese Unternehmen nur durch eine einzige Maßnahme ihre Gichtgasemissionen senken können: durch den Abbau der europäischen Stahlproduktion, durch die Verlagerung in andere Länder.

(Franz Obermeier [CDU/CSU]: So ist es!)

Wer das fordert, der ist, ohne dass er es will, ein Klimakiller und ein Jobkiller zugleich. Das ist das Ergebnis dessen, was Sie hier vortragen.

**Bundesminister Sigmar Gabriel**

(A) (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Als einzige Ausnahme sieht die Kommission bei den Industriezweigen, die keine wirkliche Chance zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen haben, in denen die Unternehmen aber im internationalen Wettbewerb stehen mit Unternehmen, die nicht den Stand der Technik haben, eine hundertprozentige Zuteilung vor. Das ist eine kluge Entscheidung. Das ist absolut richtig.

Ich finde, wir sollten den davon Betroffenen sagen: Wir zeigen damit das, was die Entwicklungsländer und viele Industrieländer sehen wollen. Wir zeigen, dass zwei Dinge zusammenpassen: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Arbeitsplätze und Wohlstand sichern und dabei den Klimaschutz erreichen, den wir nach den Erkenntnissen der internationalen Wissenschaft erreichen müssen. Das ist der Beweis, den wir sehen wollen.

Die ganze Kritik an den Ausnahmen ist auch deshalb nicht nachvollziehbar, weil wir doch gerade zeigen, dass wir trotz dieser Sonderbehandlung für die Industriezweige, die die Emissionen nicht senken können, die ambitionierten Klimaschutzziele erreichen. Das haben uns doch viele Entwicklungsländer nicht geglaubt. Die Europäische Kommission zeigt, dass es möglich ist. Wir werden über Details der Regelung zu reden haben, aber diesen Beweis wollten wir antreten.

Wir sollten denjenigen in Deutschland, die manchmal Sorge haben, dass Klimaschutz ihre Jobs bedroht, zeigen: Nein, das ist nicht so. – Was die Grünen und die Linkspartei hier vorschlagen, würde in der Tat darauf hinauslaufen, dass wir, sozusagen gegen die Physik, versuchen, CO<sub>2</sub> zu senken. Es würde aber im Ergebnis zu einem Abbau der Produktion bei uns in einigen wenigen, aber beschäftigungsintensiven Branchen und zur erhöhten Klimabelastung in anderen Teilen der Welt führen und wäre damit Klimakiller und Jobkiller zugleich. Ich sage es noch einmal: Darüber werden wir öffentlich reden, meine Damen und Herren, damit die Leute wissen, was Sie mit Ihrer Politik vorhaben.

(B)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/Die Grünen)

Nur einige wenige Bemerkungen zu den anderen Teilen. Beim Thema erneuerbare Energien sollten wir kritisieren und nachbessern bei der Frage: Warum gilt eigentlich die Nachhaltigkeitsverordnung nach Vorstellungen der Europäischen Union nur für Kraftstoffe? Herr Kauch, ich glaube, wir sollten diese Verordnung kräftigen, aber wir sollten sie für alle Biomassebereiche kräftigen. Die EU sollte das tun, was Deutschland macht, nämlich nur den Nettosenkungsbetrag von CO<sub>2</sub> anrechnen, also den Anteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Produktion von Biokraftstoffen und Biomasse abziehen, damit wir uns nicht in die Tasche lügen. Ich finde, da müssen wir noch nachbessern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An all diejenigen, die jetzt den Regenwald anführen, richtet sich meine Bitte: Sagen Sie auch öffentlich, worin das Hauptproblem bei der Zerstörung des Regenwaldes besteht! Das ist nach wie vor zu über 95 Prozent der

Sojaanbau. Die Sojaproduktion geht in die Futtermittelindustrie. Das ist ein Thema der Landwirtschaft. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie, Frau Künast, in Ihrer Regierungszeit wenigstens einmal den Versuch unternommen hätten, das mit derselben Energie zu stoppen, mit der Sie heute gegen die Anwendung von Biokraftstoffen protestieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Antwort verhindert jetzt die Präsidentin!)

Da liegt das Hauptproblem bei der Abholzung des Regenwaldes. Der größte Importeur von Soja ist Europa, in Europa ist der größte Importeur Deutschland. Da müssen wir etwas ändern.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen doch nicht, wovon Sie reden!)

Letzte Bemerkung, Frau Präsidentin: Ich glaube, worauf wir insbesondere Wert legen sollten, ist, dass wir von der Kommission auch praktische Vorschläge zur Steigerung der Energieeffizienz einfordern. Auch das ist im Europäischen Rat beschlossen worden. Dafür hat es bislang keine Vorschläge gegeben. Top-Runner-Modell, dynamische Effizienzstandards – all das fehlt. Das müssen wir nachholen. Ich glaube, dass wir dann insgesamt ein gutes Paket auf den Weg bringen können. Ich jedenfalls meine, dass die Kommission nicht nur den richtigen Weg eingeschlagen, sondern auch die richtigen Ziele gesetzt hat, nämlich im Ergebnis das 30-Prozent-Ziel. Deutschland wird mehr als ursprünglich gedacht übernehmen müssen. Das wollen wir tun. Aber dafür brauchen wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die der Kollege Nüßlein angesprochen hat. Wir müssen sicherstellen, dass die Grundstoffindustrie in Europa ihren Standort behält, um die Kraft und am Ende die finanziellen Möglichkeiten zu haben, die Vorreiterrolle im Klimaschutz in Deutschland und Europa weiter spielen zu können. Ich finde, es ist ein guter Vorschlag, den die Kommission vorgelegt hat. Insbesondere beim Emissionshandel kommen wir endlich zu klaren Marktpreisen. Diese regeln dann auch, welche Energieformen in Deutschland auf dem Markt angeboten werden. Der Druck, CO<sub>2</sub>-frei oder CO<sub>2</sub>-arm zu produzieren, wird dadurch deutlich steigen, auch durch die Einbeziehung von CCS.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist der Kollege Andreas Lämmel für die CDU/CSU-Fraktion.

**Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Verabschiedung des integrierten Energie- und Klimaschutzprogramms in Deutschland nach der Weltklimakonferenz in Bali hat nun heute die Europäische Kommission kräftig auf die Klimaschutzpauke

(C)

(D)

Andreas G. Lämmel

- (A) gehauen. Präsident Barroso hat heute im Europäischen Parlament seine Vorschläge erstmalig vorgelegt und erläutert. Die Europäische Union will wieder einmal Vorreiter in der Welt werden. Das ist auch gut so; denn Klimaschutz geht letztendlich uns alle an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollten immer eine europäische Klimaschutzpolitik, die die Lasten, aber auch die Gewinne des Klimaschutzes gerecht für alle verteilt. Außerdem wollten wir nicht, dass wir uns hier in Deutschland mit guten Gesetzen abmühen und mit guten Aktionen glänzen, die anderen aber mit verschränkten Armen im Kreise stehen und zuschauen, ob Deutschland es denn schaffen wird.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Insofern ist es heute ein guter Tag; denn Europa als Ganzes oder als fast Ganzes bekennt sich zu diesen ehrgeizigen Zielen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das war sicherlich auch der Grund, warum die Fraktionen des Europäischen Parlaments sich überwiegend positiv zu diesem Paket geäußert haben.

Wir wissen aber auch, dass der Teufel bzw. die vielen kleinen Teufelchen im Detail liegen. Deswegen ist die strikte Einhaltung der EU-eigenen Vorgaben und Ziele unabdingbar. Ich nenne erstens die Einhaltung der beschlossenen Ziele für alle Mitgliedstaaten. Man darf wirklich gespannt sein, ob das funktioniert. Wir haben eine Menge einschlägiger Erfahrungen mit solchen gemeinsamen Proklamationen gemacht, wo hinterher einige Staaten versuchten, sich aus dem Programm zu verabschieden. Oftmals schon ist die EU als Löwe losgesprungen und letztendlich als Papiertiger liegen geblieben. Wird es denn Missbrauchs-, Ausschluss- oder Sanktionsverfahren gegen Staaten geben, die sich nicht beteiligen?

(B)

Zweitens. Wir brauchen Fairness für alle Mitgliedstaaten. Die Verteilung der Lasten muss transparent darstellbar sein. Das hat Barroso heute versprochen; wir dürfen darauf sehr gespannt sein.

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Eine Berechnung nach Bruttoinlandsprodukt pro Kopf oder Energieverbrauch pro Kopf wird die Industriestaaten natürlich deutlich mehr belasten.

Drittens. Wir brauchen die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit; verschiedene Redner haben das heute schon deutlich gemacht. Das ist für mich übrigens auch eines der wichtigsten Kriterien. Daran wird sich mittel- und langfristig der Erfolg der Klimapolitik zeigen. Die Weltwirtschaft ist globalisiert. Europa ist nur ein Drittel der Weltwirtschaft; die anderen Zentren – Amerika und Asien – müssen mitziehen.

Ein Weiteres ist beim Stichwort Wettbewerbsfähigkeit zu nennen: der Energiemix. Selbst wenn wir noch 5 Pro-

zent mehr erneuerbare Energien einsetzen, bleiben die fossilen Brennstoffe und die Kernenergie in Deutschland Hauptlieferanten für den Strom. Das wird auch noch lange Zeit so sein. (C)

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Wir brauchen den Energiemix.

Sonne – wenn sie denn scheint – Wind und Wellen sind zwar umsonst, aber die Spitzenkandidatin in Hessen irrt, wenn sie glaubt, dass die Gewinnung dieser Energien umsonst sei. Die Gewinnung von regenerativen Energien ist teurer als die Gewinnung von Energie aus fossilen Brennstoffen oder von Atomenergie.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wie viel kostet Öl? – Zuruf von der SPD: Kommen Sie mal nach Krümmel!)

Deswegen brauchen wir für die Wettbewerbsfähigkeit auch weiterhin den Energiemix in Deutschland und in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Viertens. Die Vorschläge der EU-Kommission müssen in internationale Abkommen münden. Was nützt es, wenn wir in Europa wieder mehrere Schritte vorangehen, aus Peking, Neu-Delhi oder Washington aber keine Reaktionen erfolgen? Das Vorangehen der Europäischen Union muss gekoppelt sein mit Druck in den internationalen Verhandlungen mit dem Ziel, hierbei voranzukommen. (D)

Fünftens. Die Menge der globalen Emissionen – das hängt mit dem vierten Punkt zusammen – muss halbiert werden. Das muss das Ziel der Verhandlungsführer der Europäischen Union sein. Klimaschutz in der Welt kann nur dann wirklich zum Erfolg werden, wenn die Menge der globalen Emissionen halbiert wird.

Die Kommission hat heute auch gleich die Rechnung für den Bürger präsentiert: 3 Euro pro Kopf. Für eine vierköpfige Familie sind das knapp 50 Euro im Monat oder 600 Euro im Jahr – zusätzlich zu dem, was in Deutschland schon an Belastungen zu tragen ist. Das heißt: Klimaschutz ist nicht zum Nulltarif zu bekommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte zusammenfassen: Kopenhagen wird die nächste Station der Beratung der Vorschläge sein. Ich kann nur hoffen, dass die weitere Verhandlung über das heute vorgeschlagene Energiepaket erfolgreich ist und dass wir in Deutschland keine weiteren Benachteiligungen in diesem Bereich hinnehmen müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Letzter Redner in dieser Debatte ist nun der Kollege Frank Schwabe für SPD-Fraktion.

Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Frank Schwabe** (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Das ist nun heute in der Tat eine Aktuelle Stunde im wahren Sinne des Wortes. Das ist so aktuell, dass all das, was da gedruckt wurde, noch gar nicht trocken ist. Es ist allerdings eine Aktuelle Stunde zu den Vorschlägen der EU-Kommission zu Energie und Klima. Es ist keine Aktuelle Stunde zur Hessen-Wahl. So war das jedenfalls nicht gedacht, Herr Dr. Nüßlein, Herr Kauch und Herr Lämmel; Sie haben sich da ja auch noch eingeordnet. Es muss einem der Allerwerteste schon ziemlich auf Grundeis gehen, wenn man versucht, das hier so umzufunktionsieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir sicher: Die Wählerinnen und Wähler in Hessen wollen den Atomausstieg und werden deshalb dafür sorgen, dass Frau Ypsilanti Ministerpräsidentin wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zum Paket der EU drei Dinge sagen:

Erstens. Ich habe überhaupt nicht verstanden, wieso Sie von der geschätzten Opposition von Grünen und Linken eigentlich von 20 Prozent ausgehen. Entweder haben Sie die Vorschläge nicht richtig gelesen, oder Sie machen hier in – Entschuldigung – sehr billigem Oppositionsstil ein Stück weit in Populismus.

(B)

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Nie!)

Wir wollen 30 Prozent. Es ist ganz klar festgelegt, dass es 30 Prozent dann sein werden, wenn es ein internationales Abkommen geben wird. Davon gehen wir alle aus.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da redet mal einer nicht populistisch! Gut, dass Sie gekommen sind!)

Deswegen waren wir auf Bali. Deswegen verhandeln wir in Kopenhagen. Wenn Europa auf 30 Prozent kommt – so ist es auch ausgerichtet –, dann kommt Deutschland auf mehr als 40 Prozent; das ist jedenfalls die Zielsetzung.

(Beifall bei der SPD – Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Das hört sich ganz anders an als bei Ihrem Minister!)

– Nein, das hört sich nicht anders an.

Der zweite Punkt: Deutschland hat im Vorfeld wichtige Positionen durchgesetzt, vor allem bezüglich der Weitergeltung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, aber auch bezüglich der Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Industriezweige. Insofern haben diejenigen unrecht, die sagen – man konnte das ja heute zum Teil lesen –, dass Deutschland für sein besonderes Engagement, das der Kanzlerin und das des Umweltministers, bestraft würde. Das Gegenteil ist der Fall. Unsere hohe

Glaubwürdigkeit und unser starkes Engagement erlauben es uns, auf solche Vorlagen der Kommission schon im Vorfeld Einfluss zu nehmen, und das ist gut so. (C)

Als dritten Punkt möchte ich die Thematik CCS erwähnen. Diese ist heute etwas zu kurz gekommen. Ich glaube, dass die Vorschläge der Kommission neuen Schwung in die Debatte bringen und den Sprung vom Glauben zum Wissen ermöglichen, ob diese Technologie realisiert werden kann.

Ich denke, es ist richtig, wenn der Deutsche Bundestag das, was die Kommission heute vorgeschlagen hat, im Grundsatz begrüßt. Es war nämlich nicht einfach für die Kommission, die Quadratur des Kreises hinzubekommen. Was nun zum Emissionshandel vorgelegt wurde, ist wirklich wegweisend. Dass es jetzt EU-weit eine Obergrenze geben soll und zukünftig das Geschachere um die nationalen Allokationspläne aufhören wird, stellt einen riesigen Fortschritt dar. Es ist auch ein riesiger Fortschritt, dass es zu einer 100-prozentigen Versteigerung von Emissionsrechten für den Energiebereich kommen wird. Es ist auch ein Fortschritt, dass wir uns demnächst darauf verlassen können, dass im Industriebereich die besten verfügbaren Technologiestandards eingesetzt werden.

Ich glaube, dass der Deutsche Bundestag – ich habe es hier schon einmal gesagt – sehr viel Selbstbewusstsein an den Tag legen kann. Wir haben ein gutes Konzept für die zweite Periode des Emissionshandels vorgelegt. Bezüglich der Frage der Versteigerungen haben wir auch eine wegweisende Funktion der Kommission gegenüber ausgeübt. Ich meine, das hat sich auch konkret auf die Vorschläge für die dritte Handelsperiode ausgewirkt. (D)

Ich will es noch einmal sagen: Die Hoffnung einiger, dass wir uns jetzt europaweit und deutschlandweit von ambitionierten Zielen verabschieden würden, ist sehr trügerisch. Wir gehen in Deutschland nach wie vor von 40 Prozent aus. Wir müssen eher sogar die Latte noch etwas höher legen, nämlich bei 42 Prozent, um gemäß den Vorschlägen der Kommission zukünftig europaweit das 30-Prozent-Ziel zu erreichen. Deswegen müssen wir sehr strikt das umsetzen, was wir uns im Rahmen von Meseberg I und Meseberg II vorgenommen haben. Darüber hinaus sind auch noch weiter gehende Maßnahmen notwendig. Die SPD wird dazu entsprechende Vorschläge machen. Zu diesen Vorschlägen wird im Übrigen auch die Einführung eines Tempolimits gehören. Das möchte ich an der Stelle noch einmal betonen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Josef Göppel [CDU/CSU] – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich dachte, das sind Peanuts!)

– Ja, so wird das sein. Kleinvieh macht auch Mist. Es sind eben keine Peanuts.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habt ihr aber immer gesagt!)

**Frank Schwabe**

- (A) Dadurch sind durchaus maßgebliche Reduktionswerte zu erreichen.

Als Letztes möchte ich noch etwas zum Thema Bezahlbarkeit sagen. Auch darauf ist Herr Lämmel ja gerade noch einmal eingegangen. Ich finde es gut, dass die Kommission ehrlicherweise sagt, Klimaschutz kostet Geld. Die Frage ist nur, was es kosten würde, wenn wir keinen ordentlichen Klimaschutz betrieben. Hierzu hat Herr Barroso zu Recht gesagt: Wir können den Kopf nicht in den Sand stecken. Wenn wir nicht handeln, wird es zehnmal so teuer, als wenn wir handeln. – Das kann sich niemand leisten, niemand in Deutschland und niemand in Europa.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Damit ist nun die Aktuelle Stunde beendet.